

GAZ

Grün-Alternative Zeitung

August / September 2021

Nr. 91

Bamberg.

Alles ist drin.

Kurz und knapp: 10 zentrale Punkte aus dem grünen Wahlprogramm



Sozialer Klimaschutz

Alle reden über Klimaschutz, die GRÜNEN machen ihn. Mit einem **Klimaschutz-Sofortprogramm** werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unser Land auf den 1,5-Grad-Pfad des Pariser Klimaabkommens führen. Das Ziel ist klar: Schneller raus aus der dreckigen Kohle und **100 Prozent erneuerbare Energien** bis 2035. Das gelingt unter anderem durch die Stärkung von lokalen Energieprojekten, mit mehr Photovoltaik auf ungenutzten Flächen und einem Ausbau der Windkraft. Vor allem **Geringverdienende und mittlere Einkommen werden entlastet**: Durch das **Energiegeld**, eine **Reduzierung der EEG-Umlage** und einen **Klimabonus** – so wird Klimaschutz sozial gerecht.

Zukunftsfähige Wirtschaft

Die GRÜNEN wollen jährliche Investitionen von 50 Milliarden Euro in die sozial-ökologische Transformation. Damit entstehen **sichere Arbeitsplätze** und eine zukunftsfähige Wirtschaft. Die energieintensiven Industrien werden zu internationalen **Technologievorreitern** bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse. Unsere **Automobilindustrie und ihre Zulieferer** werden gestärkt, um ihren Vorsprung bei der vernetzten und klimaneutralen Mobilität zu sichern. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der **Ausbildung im Handwerk** wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zukunftsfähigkeit des Handwerks sichern.

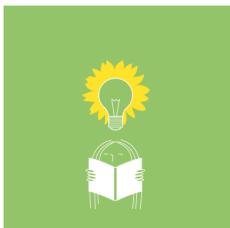


Moderne Infrastruktur

Deutschland braucht eine **Modernisierungsoffensive**. Damit Projekte schneller realisiert werden, schaffen die GRÜNEN für eine **Planungsbeschleunigung** mehr Kapazitäten und verschlankten Verfahren. Eine **effiziente und digitale Verwaltung** macht uns allen das Leben leichter. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN startet ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen: In eine **zuverlässige Bahn**, in **schnelles Internet**, in **Spitzenforschung**, in **Ladesäulen**, in **Wasserstofftechnologie** und unterstützen die Kommunen bei einer modernen Stadtentwicklung.

Faire Chancen für jedes Kind

Die Pläne der GRÜNEN stärken Familien mit einer einfachen und gerechten Förderung: der **Kindergrundsicherung**. Das Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung zusammenfassen – automatisch ausbezahlt und unkompliziert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein **Bundesqualitätsgesetz für Kindertagesstätten** und die **Elternzeit Plus** mit Elterngeld für 24 Monate. Die GRÜNEN schlagen ein Programm für mehr **Bildungsgerechtigkeit** vor, das Schulen in Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf stärkt.



Ein Recht auf Wohnen

Die GRÜNEN haben **faire und bezahlbare Mieten** als Ziel. Sie wollen über ein bundeseinheitliches Gesamtkonzept **Mietobergrenzen** im Bestand ermöglichen, die **Mietpreisbremse** entfristen und deutlich nachschärfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Mittel für den **sozialen Wohnungsbau** deutlich erhöhen. Die Kommunen werden unterstützt, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und gemeinwohlorientierten Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Ein gemeinnütziger **Bodenfonds** soll neue Flächen strategisch zukaufen und sie an gemeinwohlorientierte Träger für den sozialen Wohnungsbau übertragen.

Echte Veränderung gibt es nur mit starken GRÜNEN im Bundestag

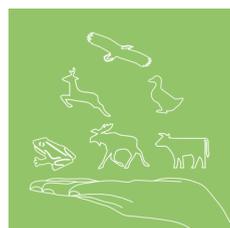


Mobilitätswende in Stadt und Land

Mit der Förderung von mehr und besser aufeinander abgestimmten Bus- und Bahnangeboten in Stadt und Land schaffen die GRÜNEN eine **Mobilitätsgarantie** mit attraktiven und für alle bezahlbaren Mobilitätsangeboten. Durch den verstärkten Ausbau von Ladesäulen wird **Elektro-Mobilität** immer einfacher. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden es den Städten erleichtern, den Raum Straße vielfältig zu nutzen, **attraktive Rad- und Fußwege** anzulegen, verkehrsberuhigte Innenstädte und Stadtviertel voranzutreiben und **mehr Grünflächen** auch durch Entsiegelung zu schaffen.

Solidarische Gesellschaft

Die Menschen brauchen in der sozial-ökologischen Transformation Sicherheit im Übergang. Die gesetzliche Rentenversicherung wollen die GRÜNEN schrittweise zu einer **Bürger*innenversicherung** für alle weiterentwickeln. Die **Garantierente** repariert die Grundrente und verhindert Altersarmut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen höheren **Mindestlohn von 12 Euro**. Durch die Garantiesicherung ohne Sanktionen wird **Hartz IV überwunden** – 50 Euro im Monat mehr in einem ersten Schritt. Die GRÜNEN wollen eine gut ausgestattete Gesundheits- und Pflegeversorgung, mit endlich **fair bezahlten Pflegekräften**, die wirklich Zeit für die Menschen haben.



Natur und Tiere schützen

Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Deshalb wollen die GRÜNEN über eine andere Landnutzung und weniger Pestizideinsatz ökologische Leitplanken setzen, die das **Artensterben stoppen**. Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden die gesetzlichen Regelungen für eine **artgerechte Tierhaltung** deutlich verbessert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den **Wald ökologisch und nachhaltig umbauen** und aufforsten. Die Waldbesitzer*innen bekommen Unterstützung. Durch eine echte **Kreislaufwirtschaft** verbrauchen wir weniger Ressourcen und schützen die Natur.

Einheit in Vielfalt

Das Leitbild **Einheit in Vielfalt** werden die GRÜNEN zur Gestaltung einer chancengerechten **Einwanderungsgesellschaft** gesetzlich verankern. Rassismus hat keinen Platz in Deutschland und wird stärker bekämpft. **Asylverfahren** werden rechtssicher, transparent und fair gestaltet. Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Gleichberechtigung und das **Ende der Diskriminierung** in allen Lebensbereichen. Die GRÜNEN wollen eine Gesellschaft, in der alle unabhängig von Herkunft, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Religion **selbstbestimmt leben** und **gleichberechtigt mitgestalten** können.



Stabile Demokratie

Demokratie ist nie fertig. Das Versprechen von Freiheit, Toleranz und Gleichberechtigung müssen wir gemeinsam immer wieder neu erfüllen. Die GRÜNEN fördern durch die Einführung eines **wirksamen Lobbyregisters** die Transparenz der Politik. Spenden an Abgeordnete und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete werden verboten. **Spenden an Parteien** werden transparenter gemacht, gedeckelt und auf natürliche Personen beschränkt. Durch die Einführung von **Bürger*innenräten** zu wichtigen Themen schaffen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten zwischen den Wahlen.

Zusammenstellung: Timm Schulze

Willst du mehr erfahren?

Alle grünen Ideen für die Zukunft unseres Landes findest du hier:
[gruene.de/wahlprogramm](https://www.gruene.de/wahlprogramm)

Echte Veränderung gibt es nur mit starken GRÜNEN im Bundestag

Im Gespräch mit ... LISA BADUM

g9Z: Lisa, die Umfragewerte der Grünen liegen derzeit bei etwa 20 Prozent. Du selbst stehst auf dem aussichtsreichen neunten Platz der bayerischen Landesliste, dein erneuter Einzug in den Bundestag ist also sehr wahrscheinlich.

Lisa Badum (schmunzelt): Ich freue mich natürlich über das Vertrauen der Grünen Mitglieder und die Bestätigung aus der Region. Es klingt abgedroschen, aber es ist wahr: Nur wenn wir uns verändern, können wir uns zukunftsfest machen. Wir brauchen wieder mehr Vertrauen in die Politik, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Beteiligung. Ich glaube fest daran, dass wir Grüne genau die richtigen Konzepte dafür haben. Und ich persönlich habe auch einfach noch sehr viel auf meiner To-Do-Liste stehen.

g9Z: Welche Punkte sind das?

Ich will weiter jede denkbare Möglichkeit ausschöpfen, das Klimaschutzprogramm des Bundes auf einen 1,5-Grad-Pfad auszurichten und will alles in meiner Macht stehende tun, den verabschiedeten schmutzigen Kohledeal auf Kosten des Klimas und uns Steuerzahler*innen in Richtung eines sozial-gerechten und ökologischen Pfades zu lenken. Dazu gehört für mich auch einen CO₂-Preis weiterzuentwickeln, für dessen vollen sozialen Ausgleich ich mich stark machen werde.

Bei Wirtschaftsminister Altmaier habe ich mich für ein Förderprogramm für Bamberg stark gemacht. Den sozial-ökologischen Umbau in den Automobilregionen, vor allem auch hier in Oberfranken, will ich weiter begleiten und durch die Stärkung von Allianzen zwischen den Regionen und Akteuren neue Bündnis-Impulse zu setzen.

Und last but not least: Die Fällungen im Steigerwald müssen endlich beendet werden. Bei den Grünen Bayern habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass unsere Partei sich für einen dritten Nationalpark im Steigerwald ausspricht. Jetzt will ich, dass wir endlich einen dritten Nationalpark im Steigerwald eröffnen können.

g9Z: Gemeinsam mit den Grünen hier in Bamberg und Forchheim hast du einen Mitmachwahlkampf ausgerufen. Was heißt das konkret?

Politik im 21. Jahrhundert sollte nicht aussehen wie House of Cards und schwarzer Filz, sondern sollte eine Politik auf Augenhöhe sein. Wir als Partei, ich als Abgeordnete präsentieren unsere Gebote nicht den Menschen als fertige Weisheiten. Denn am Ende sind wir alle Expertinnen und Experten für unser eigenes Leben. Die Menschen als mündige und selbstständige Bürger*innen wollen selbst aktiv werden und nicht nur passiv abwarten, dass die Politik tätig wird. Ein Wahlkampf in dieser Zeit der Umbrüche muss den Inhalt der Veränderung auch im Stil wiedergeben, das meinte ich eben mit mehr Beteiligung. Wir müssen das auch leben. Seit November letzten Jahres haben wir deshalb gemeinsam mit interessierten Mitgliedern an der lokalen Bundestagskampagne gefeilt, an Slogans und

Am 26. September ist Bundestagswahl. Unsere grüne Direktkandidatin für den Wahlkreis Bamberg-Forchheim heißt Lisa Badum. Der Bayerische Rundfunk schreibt über sie: „Die Bambergerin tritt aber in ihrer ersten Legislaturperiode von Beginn an auch mit engagierten Reden und Widerworten auf. Die 37-Jährige hat sich als leidenschaftliche Klimapolitikerin profiliert, die offen ihre Sympathien für die Fridays for Future-Bewegung zeigt – und zu Aktivistinnen, die gegen den Braunkohleabbau kämpfen.“

Die g9Z sprach mit ihr übers Brücken bauen, was sie in Bamberg angehen will und warum Annalena Baerbock genau die richtige Kandidatin für das Kanzleramt ist.

unseren Themen, an den Werbeprodukten und an gemeinsamen Aktionen.

g9Z: Können sich da auch Nicht-Mitglieder einbringen?

Na klar. Mittlerweile haben sich schon 80 Freiwillige bei uns gemeldet, aber gerade im Wahlkampf-Endspurt zählt wirklich jede helfende Hand. Haustürwahlkampf, Infostände, Bastelaktionen, Townhall mit Annalena hier in Bamberg – es steht noch viel an! Wer helfen möchte, kann einfach mit mir oder Luca, unserem Wahlkampfmanager, Kontakt aufnehmen. Nicht zuletzt werden wir natürlich auch nach der Wahl weitermachen und weitere Bündnisse schmieden.

g9Z: Apropos Annalena Baerbock. Seitdem verkündet wurde, dass sie sich um das Amt der Kanzlerin bewirbt, gab es viel Aufmerksamkeit für ihre Person. Wie schätzt du Annalenas Chancen ein?

Ich halte Annalena für genau die richtige Kandidatin in dieser Zeit der Veränderungen. Sie ist erfahrene Klimapolitikerin und denkt Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen. Und zugleich schafft sie es, einen klimaneutralen Pakt mit der Industrie zu schmieden. Sie steht für eine Erneuerung der Wirtschaft und dafür, Brücken zu bauen und setzt damit für mich eben nicht nur thematisch genau die richtigen Impulse. Annalena steht für mich vor allem auch für einen Wandel des politischen Stils, den wir so dringend brauchen. Von unten, miteinander, ein Streit in der Sache und um das beste Argument. Die Schmutzkampagnen der vergangenen Wochen gegen sie sind der beste Beweis, dass wir diesen Wandel brauchen.

g9Z: Du beziehst dich auf die Darstellung Annalenas als Bergpredigerin, die Plagiatsvorwürfe und den drastischen Anstieg an Fake News zu Annalena und dem Grünen Wahlprogramm.

Genau. Fehler passieren und wenn dem so ist, gehören sie aufgeklärt. Doch gerade bei Annalena mangelt es der Kritik an der Verhältnismäßigkeit. Dabei belegen die neuesten Umfragen, dass die Bürgerinnen und Bürger Annalena am ehesten zutrauen, Deutschland zu modernisieren. Wir können gerne über Inhalte streiten, aber das tun wir ja nicht. Und währenddessen verschleudert Andreas

Scheuer Millionen an Steuergeldern und sitzt noch immer im Amt des Verkehrsministers in einem Sektor, in welchem die Emissionen steigen statt sinken.

g9Z: Bei Annalena wird hingegen besonders genau hingeschaut. Glaubst du es liegt unter anderem daran, dass sie eine Frau ist?

Nicht nur, aber zum Teil. Annalena hat vielfach unter Beweis gestellt, dass sie eine kompetente und sympathische Spitzenkandidatin ist. Das scheint auf einige Menschen offensichtlich bedrohlich zu wirken. Wir Frauen sind im Parlament nach wie vor unterrepräsentiert. Und das merken wir schließlich auch in politischen Entscheidungen. Die Corona-Pandemie hat uns das nochmal besonders deutlich vor Augen geführt. Am Ende waren und sind es in der Mehrzahl Frauen, die durch Corona verstärkt belastet wurden, die die Kinderbetreuung auffangen, die in systemrelevanten, aber oftmals schlecht bezahlten Berufen unsere Gesellschaft am Laufen halten. Frauen brauchen eine lautere Stimme in den Parlamenten, egal auf welcher Ebene, und es ist die Pflicht der Regierung, die entsprechenden Strukturen zu schaffen.

g9Z: Und die Klimakrise gibt es ja auch noch ...

Richtig, auch wenn die Union das gerne verdrängt und erst das Bundesverfassungsgericht sie dazu bringen muss, ihr verfassungswidriges Klimaschutzgesetz zu überarbeiten. Der Staat muss Klimaschutz als Voraussetzung für unsere Freiheit begreifen und endlich konkret vorangehen. Unser CO₂-Budget ist endlich und wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das unsere Lebensgrundlagen schützt statt sie zu zerstören. Dieses historische Urteil zeigt allen, die Klimaschutz verzögern, klare Konsequenzen auf. Wirtschaft und die Gesellschaft sind längst weiter als die Regierung. Die Industrie sehnt sich nach politischen Leitlinien, die ihnen auf dem Weg zur Klimaneutralität Planungssicherheit gewährt und sie so wettbewerbsfähig hält.

g9Z: Du erwähnst die Wirtschaft. In Bamberg hast du dich in den vergangenen vier Jahren auch darum bemüht, mit Unternehmen ins Gespräch zu kommen, darunter Brauereien oder Automobilzulieferer. Was sind deine Erkenntnisse?

Ich sehe das als meine Aufgabe als Abgeordnete für Oberfranken, mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Wir Grüne, wir hören zu, bauen Vorurteile ab und wir bauen Brücken. Und das heißt eben besonders auch, außerhalb unserer Grünen Blase Gespräche zu suchen, zum Beispiel mit Automobilzulieferern. Wir können nur verändern, wenn wir gemeinsam vor Ort Lösungen suchen und umsetzen. Denn gerade unsere regionale Wirtschaft hat sich längst auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft gemacht, der Mittelstand ist es doch, der immer wieder innovative Ideen auf den Weg bringt. Und meine Aufgabe ist es eben diese Stimmen zu vernetzen und ins Parlament zu tragen: aus der Klimabewegung, aus der Wirtschaft, aus der Zivilgesellschaft. Und manchmal werde ich dann auch einfach positiv von Menschen überrascht, von denen ich es zunächst nicht erwartet hätte.

g9Z: Zum Beispiel?

Zum Beispiel als ein fränkischer Bierbrauer erst kritisch zu mir sagte: „Schön, dass sich a mal aner aus Berlin hier umschaute“, wir dann aber gemeinsam überlegen, wie sein kleiner Familienbetrieb endlich die Corona-Hilfen abrufen kann und wir dann auch noch Pläne für eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft mit Brauergeste aus der Region schmieden.

g9Z: Auch in Bamberg braucht es einiges an Veränderung. Was willst du hier konkret bewegen?

Bamberg ist eine Stadt, in der sich schon viel in die richtige Richtung bewegt, ich denke da an den Radentscheid oder die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine. Gerade deshalb können wir Bamberg zur Vorbildstadt machen in Sachen Klimaschutz. Wir brauchen eine echte Verkehrswende hier vor Ort, eine feministische, gleichberechtigende Verkehrsplanung. Mobilität für Alle, statt für Wenige. Das heißt konsequenter Ausbau des ÖPNV, Tempo 30, der ROB muss endlich und deutlich früher als geplant kommen, neue Mobilitätsmodelle intelligent miteinander vernetzt und Rad- und Fußwege ausgebaut werden. Und ich will die regionale Wirtschaft stärken, kleine und mittelständische Betriebe fördern und unsere Genussregion Oberfranken auf dem Weg zur regionalen Kreislaufwirtschaft begleiten.

g9Z: Dein Leitspruch für den Wahlkampf?

Menschen sind es, dich mich inspirieren und motivieren. Deshalb will ich gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern hier vor Ort an einer klimagerechten Welt arbeiten und Bündnisse schmieden statt spalten, mit Landwirt*innen, mit Arbeiter*innen in der Industrie, mit Brauer*innen, mit allen hier in unserer Region.

Das Interview führte Lena Knauer.



Foto: Dominik Butzmann

ANNALENA BAERBOCK

40 Jahre, lebt in Brandenburg
Grüne Kanzlerkandidatin für die Bundestagswahl 2021

- Gemeinsam mit Robert Habeck ist sie Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
- Seit 2013 Abgeordnete im Bundestag
- Ihr Anspruch an Politik: „Ich will, dass wir nicht nur an der Oberfläche rumkratzen, sondern in die Tiefe der Themen gehen. Das schafft die Grundlage für neue Lösungen.“
- Zum Thema Klimaschutz: „Wir können die Klimakrise nur europäisch lösen. Wenn die Union ein Raum sein soll, der Menschen vor Krisen schützt und der für Aufbruch steht, dann muss man in Europa investieren.“
- Sportlicher Fun Fact: ehemalige Leistungssportlerin auf dem Turmtrampolin

www.annalena-baerbock.de



Foto: Dominik Butzmann

LISA BADUM

37 Jahre, lebt in Forchheim
Oberfränkische Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2021

- Seit 2017 Abgeordnete im Bundestag
- Beschreibt sich selbst als #Klimaretterin, #Feministin und #Bau-mumarmmerin
- Ihr Anspruch an Politik: „Wir müssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik erneuern, indem wir ihre Expertise und das, was sie können, nach vorne stellen. Wir schmieden Bündnisse, statt zu spalten.“
- Zum Thema Klimaschutz: „Was für ein großartiger Erfolg wäre es, wenn wir unser Wirtschaften anders ausrichten, so dass wir unsere Lebensgrundlagen schützen, statt sie zu zerstören.“
- Sportlicher Fun Fact: schwimmt auch bei 12 Grad Wassertemperatur im Fluss

www.lisa-badum.de

Von Tempo 30 bis Gewerbesteuer - Bamberg braucht grüne Politik in Berlin

Seit gut einem Jahr (Juli 2020) ist Jonas Glösenkamp ein Teil der Führungsspitze im Rathaus. Als grüner Zweiter Bürgermeister, vom Stadtrat gewählt, führt er das Referat für Klima, Mobilität und Soziales. Um grüne Politik in Bamberg umzusetzen, wäre grüner Rückenwind aus der Berliner Bundesregierung mehr als wünschenswert, meint er im Gespräch mit der 99Z.

Hinter seinem Schreibtisch hat Jonas Glösenkamp ein Gemälde mit Längsstreifen, die von links nach rechts vom Blauen ins Rote übergehen. Schaut wie

durch die aufwändige Entsorgung auch erhebliche Kosten für die Allgemeinheit. „Und die müssen alle Steuerzahlenden aufbringen, auch die, die nichts damit zu tun haben“, sagt der Umweltreferent. Er würde diese Kosten gerne den Verursachenden aufbürden, also den Herstellerfirmen und den Konsument*innen von Plastikbechern und Aluschalen. „Dann wäre auch ein starker Anreiz gegeben, Einweg zu vermeiden und sich Alternativen wie Pfand- und Leihsysteme einfällen zu lassen.“ Aber ob eine Kommune so eine Einwegabgabe überhaupt beschließen kann –



Jonas Glösenkamp. Foto: Stadt Bamberg, Pressestelle

rein abstrakte Kunst aus, ist tatsächlich aber eine Statistik der Klimaerwärmung von 1850 bis 2018. Was dem Klimareferenten da im Nacken sitzt, treibt ihn auch in seinem Alltag an. „Wir müssen Klimaschutz dringend vor Ort vortreiben, aber oft sind uns die Hände gebunden“, sagt Glösenkamp.

Zum Beispiel Einwegverpackungen. Die Stadt Bamberg kann ebenso wenig wie andere Kommunen eine Einwegabgabe einführen, um etwa die Flut von to-go-Verpackungen einzudämmen. Diese sind nämlich nicht nur umwelt- und damit klimaschädlich, sie verursachen

Kuriose Stolpersteine bei der Verkehrswende

Da wünschen sich Bürger*innen oft vermeintlich einfache Maßnahmen, aber die Straßenverkehrsordnung des Bundes (StVO) brems alles aus. Zum Beispiel Zebrastreifen. Sie dürfen nur dort angelegt werden, wo es häufig Fußgänger*innenverkehr gibt. Ein Teufelskreis, denn oft findet der gerade deshalb nicht statt, weil eine sichere Straßenquerung (noch) nicht möglich ist. So beim neuen Wohngebiet auf dem Megalith-Gelände. Oder: Verkehrsberuhigte Bereiche. Einrichten kann sie die Kommune generell nicht dort, wo ein Gehweg gebaut wurde – egal wie schmal und unsicher der ist. Lässt die Kommune das außer Acht, drohen Klagen und verlorene Gerichtsprozesse. Deshalb: Zebrastreifen und verkehrsberuhigte Bereiche brauchen eine grüne Zukunft.

diese Frage wird gerade vor Gericht geklärt, denn Tübingen grüner Oberbürgermeister hat das einfach mal gemacht und wurde prompt verklagt. Auch im Bamberger Rathaus wartet man gespannt auf das Urteil. Der Bundestag könnte die Kommunen per Gesetz dazu ermächtigen bzw. hätte das schon längst tun können.

Ökologisches Bauen ist ein ähnliches Thema. Von Solarpflicht über ökologische Baustoffe, Recyclingvorgaben und Flächenfraß – viele Vorschriften sind Bundes-, teilweise Ländersache. „Hier vor Ort bleibt uns nur, mit den Bauherren zu verhandeln oder über städtebauliche Verträge ökologische Maßnahmen zu vereinbaren“, erklärt Glösenkamp. Handeln kann die Kommune natürlich bei ihren eigenen Gebäuden. So wird neuerdings bei der Sanierung von Schulgebäuden immer auch Photovoltaik aufs Dach gesetzt, ein grüner Erfolg.

Mit Tempo 30 stößt der grüne Mobilitätsreferent im Bamberger Rathaus ebenso an Grenzen und ärgert sich darüber in schöner Einhelligkeit mit dem gesamten Deutschen Städtetag. „Wir können Tempo 30 nur in einzelnen Straßen oder klar abgegrenzten Zonen unter besonderen Voraussetzungen ausweisen, z.B. weil eine Schule in der Nähe ist“, beschreibt Glösenkamp seinen engen Handlungsspielraum. „Überall in der Innenstadt Tempo 30, das geht nicht, die aktuelle Rechtslage bietet dafür nicht die Möglichkeit.“

Nicht einmal Ideen wie das „Solidarische Bürgerticket“ kann er vor Ort umsetzen. Bei einem solchen Ticket zahlen alle Einwohner*innen einer Gemeinde eine jährliche Abgabe und können da-

mit das ganze Jahr den ÖPNV in dieser Gemeinde nutzen. Erst müsste der Bundestag handeln, dann könnte ein solches Ticket kommen.

Dass der größte Handlungsspielraum, den Kommunen bei der Gestaltung ihrer Einnahmen haben, ausgerechnet die Gewerbesteuer ist, hält der Grünen-Politiker für äußerst fatal. „Damit treten alle Kommunen in Konkurrenz zu einander. Sie buhlen um Firmenansiedlungen, indem sie flächenfressend Gewerbegebiete ausweisen und damit Natur versiegeln, und sie unterbieten sich gegenseitig bei den Hebesätzen für die Gewerbesteuer. Als wären Kommunen Discounter. Das System zwingt dazu.“

Auf welch wackligen Beinen die kommunalen Finanzen stehen, hat aus seiner Sicht gerade Corona gezeigt. Ohne die Sonderhilfen wegen der Gewerbesteuerausfälle wären Kommunen vermutlich reihenweise pleitegegangen. „Wir hängen also am Tropf der Firmen oder an dem von Bund und Land – beides schafft nicht die Spielräume, die wir bräuchten.“ Speziell betroffen ist Bamberg vom Bund durch die Bundespolizeischule, die den weitaus größten Teil des Bamberger Konversionsgeländes beansprucht. Bisher konnte die Stadt beim Bund bzw. der BIMA (Bundesanstalt für Immobilien)

fast nichts in Sachen Flächenfreigabe erreichen.

Und noch eine vermeintliche Kleinigkeit, die Jonas Glösenkamp ganz persönlich am Herzen liegt, zeigt, wie gefesselt sich kommunale Entscheidungsträger oft fühlen müssen. Die Stadt ist zwar dem Städtebündnis „Sicherer Hafen“ beigetreten und hat sich damit bereit erklärt, aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen. Doch wenn Bundesinnenminister Seehofer diesen Menschen weder Einreise noch Aufenthalt bewilligt, ist ein solches humanitäres Bekenntnis nicht mehr als Tinte auf dem Papier.

„Grüne Politik in Bamberg braucht grünen Rückenwind aus Berlin. Ich wünsche mir vor allem mehr Spielraum und mehr Kompetenzen für die kommunale Ebene. Denn hier vor Ort sind wir näher dran an den Bürgerinnen und Bürgern.“ Jonas Glösenkamp

Würde mit Grün in der Regierung alles besser? „Sicher nicht auf einen Schlag“, da ist Glösenkamp Realist. Auch Bamberg ist mit der jetzt stärksten grünen Fraktion (12 von 44 Stadtratsmitgliedern) und einem grünen Zweiten Bürgermeister nicht plötzlich total ergrünt. „Politische Transformationsprozesse brauchen Zeit“, sagt eben dieser Zweite Bürgermeister, „und wir brauchen eine aktive Zivilgesellschaft und grüne Wählerinnen und Wähler die auch zwischen den Wahlen mitmischen, sich in die politische Debatte einbringen.“ Ein langer grüner Atem also ist nötig – auf allen politischen Ebenen. Für mehr Grün in Berlin drückt der Grüne Glösenkamp im Bamberger Rathaus jedenfalls alle Daumen.

Grüne Erfolge im Rathaus und im Stadtrat seit der Kommunalwahl 2020

Ab 1. Oktober 2021 wird die „Sozialkarte“ in Bamberg eingeführt. Menschen mit geringem Einkommen erhalten mit diesem kleinen Ausweis ermäßigten Eintritt oder Teilnahme in vielen Einrichtungen der Stadt.

Trotz der massiven Einnahmeausfälle im städtischen Haushalt wegen Corona ist es gelungen, für 2021 drei Unterstützungsfonds in Höhe von insgesamt 750.000 Euro einzurichten. Damit werden Anregungen und Projekte aus der Bürger*innenschaft finanziert.

Stadt und Landkreis haben einen Klimabeirat eingerichtet, in dem Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft künftig eine gewichtige Stimme haben.

Beim Bauvorhaben auf dem Maisel-Gelände konnte durch grüne Intervention erreicht werden, dass mehr Grün vom ehemaligen Fabrikantenpark erhalten bleibt. Auch denkmalwerte Gebäude werden, anders als ursprünglich geplant, nicht abgerissen.

12,6 Mio Euro fließen in den nächsten Jahren in die Sanierung von Grund- und Mittelschulen und der Blauen Schule, die nach den Gymnasien jetzt erstmal in den Fokus genommen werden.

Ein*e Klimaschutzmanager*in wird im Rathaus neu angestellt.

Die Lagarde-Posthalle wird von der Stadtbau GmbH für eine kulturelle Nutzung hergerichtet.

Für die offizielle Bürgerbeteiligung zum Bahnausbau gab es eine Werbekampagne von Grünes Bamberg, bei der u.a. mehr als 3000 Flyer an Anwohner verteilt wurden, samt Hilfestellung beim Einreichen von Einwendungen.

Die Anstellung von Beschäftigten im Rathaus mit sachgrundloser Befristung wurde abgeschafft.

Es gibt einen Grundsatzbeschluss des Stadtrats zu Solarpflicht und Gebäudebegrünung in städtebaulichen Verträgen.

Der Fuhrpark der Stadtverwaltung wird reformiert: mehr Car Sharing und mehr E-Bikes, keine Anschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennermotor.

Das Amt für Inklusion und Sozialplanung hat mehr Gewicht in der Stadtverwaltung. Stadtteilnetzwerke und Stadtteilbüros werden vorangebracht. Eine Armutsberichterstattung wird erarbeitet.

Die städtische Kampagne „1wegfrei bis 23“ fördert Alternativen zu Einwegverpackungen, die bis 2023 ganz aus Bamberg verschwinden sollen

sys

Unterstütze deine lokale Brauerei!

Warum unsere fränkische Biertradition ein Sinnbild unserer Wirtschaft der Zukunft ist – Ein Gastbeitrag von Lisa Badum

Wer in Franken aufwächst oder zu Besuch ist, für den ist es ganz normal auf den Bierkeller zu gehen. Die Biervielfalt gehört zu unserer fränkischen Lebens-

Das Badums Bier und Radler gibt es nicht im Verkauf. Stattdessen gibt es die Flaschen ab sofort kostenlos an allen Grünen Infoständen und bei allen Grünen Aktionen in Bamberg und Forchheim.

Während der intensiven Lock-Down-Monate mussten unsere regionale Wirtschaft und allen voran unsere Brauereigasthöfe hart kämpfen. Denn die Millionen an Soforthilfen flossen zuallererst in die Großbetriebe, während die für unsere Region so typischen Familienbetriebe, beispielhaft unsere Traditionsbrauereien und Brauereigasthöfe, auf dem Trockenen blieben. Betroffene Brauer*innen haben gemeinsam mit mir erst ein lautes Medienecho erzeugen müssen, um von der Bundesregierung gehört zu werden. Dabei sind gerade sie ein Beispiel für zukunfts- und krisenfesten Wirtschaftskreisläufe, die unsere Region einzigartig und stark machen. Die jetzige Bundesregierung hat diese regionale, kleinstrukturierte Dimension des Wirtschaftens jedoch gar nicht im Blick. Und das ist ein großes Problem.

99Z - In eigener Sache

Meinungsfreiheit siegt!

99Z gewinnt Gerichtsprozess gegen Bamberger Vermieter Jörg Neumann

Der Anlass für den Prozess liegt mittlerweile vier Jahre zurück. Im September 2017 veröffentlichte die 99Z einen Artikel „Geschäftemacherei mit Wohnungsnotlage“. Darin wurde berichtet, wie sowohl bedürftige Wohnungssuchende als auch der Staat von der Immobilienbranche ausgebeutet werden können. Als Beispiel diente ein junges geflüchtetes Paar, das nach seiner Asyl-Anerkennung dringend auf der Suche nach einer Wohnung war. Jörg Neumann bot ihnen einen Mietvertrag über Räume im Steinweg 9 an, ein ehemaliges Ladengeschäft, das aufgrund fehlender bzw. nicht zu öffnender Fenster für eine Wohnnutzung ungeeignet war. Im Mietvertrag hatte er die Quadratmeterzahl überdies deutlich überhöht angegeben, so dass ein vermeintlich angemessener Quadratmeterpreis für zwei Personen entstand, den das Jobcenter akzeptiert hätte. Jörg Neumann hätte ein gutes Geschäft gemacht, auf Kosten des jungen Paares, das in einer unbewohnbaren „Wohnung“ hätte hausen müssen, und auf Kosten der Allgemeinheit, die für diesen Zustand auch noch die Mietkosten übernehmen hätte.

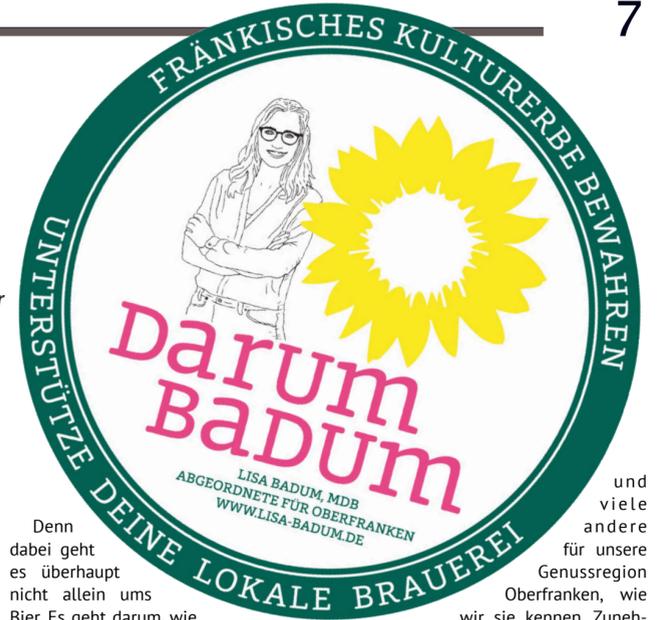
Der Mietvertrag kam nicht zustande. Die 99Z aber berichtete über den Fall – um Lücken im System aufzudecken und um zu zeigen, welche Folgen die Wohnungsnot in Bamberg inzwischen hat. Jörg Neumann wurde namentlich genannt.

Dieser jedoch zog im August 2019 vor Gericht. Er fühlte sich von der 99Z, die neben der Papierausgabe auch immer online veröffentlicht wird, in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt und sah seinen Ruf geschädigt. Er forderte die Löschung des online-Beitrags und den Widerruf der in der 99Z enthaltenen Behauptungen.

Im Juli 2020 kam es zur mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht Bamberg. Jörg Neumanns Ansprüche wurden in allen Punkten abgewiesen. Daraufhin ging er in Berufung, so dass sich auch noch das Oberlandesgericht mit dem Fall befassen musste. Dieses lehnte jedoch die Berufung ab und stützte ausnahmslos das Landgerichtsurteil.

In seiner Begründung bestätigt das OLG, dass die 99Z „unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt“ mit ihrer Berichterstattung gegen das Recht verstoßen hat. Als Zeitung einer Parteigliederung könne die 99Z Meinungsfreiheit und Pressefreiheit für sich reklamieren, sie sei Teil der politischen Willensbildung. Das Gericht bestätigt, dass die 99Z keine unwarahren Tatsachenbehauptungen verbreitet hat, und dass der Kläger Neumann eine Herabsetzung seiner Person nicht „auch nur im Ansatz“ habe belegen können. Ausdrücklich sagen die Richter, dass die 99Z in diesem Fall in Verbindung mit der Person von Jörg Neumann von „skrupellos-ausbeuterische(n) Machenschaften“ schreiben darf, weil dies ein zulässiges Werturteil sei. Neumann müsse sich solch „scharfe Formulierung gefallen lassen“, weil sein Verhalten „durchaus nach dem erwartbaren allgemeinen Moralverständnis eher negativ eingeschätzt werden müsste.“

sys



LISA BADUM, MDB ABGEORDNETE FÜR OBERFRANKEN WWW.LISA-BADUM.DE

Denn dabei geht es überhaupt nicht allein ums Bier. Es geht darum, wie wir unsere Wirtschaftskreisläufe der Zukunft denken wollen und vielleicht sogar müssen. Denn je regionaler und geschlossener die Kreisläufe, desto weniger Wege, desto weniger Ressourcenverbrauch, desto weniger CO₂-Ausstoß.

Wir brauchen nicht mehr darüber zu diskutieren, dass wir CO₂ einsparen müssen. Denn längst ist klar, dass wir jetzt in klimaneutralen Technologien investieren müssen, um unsere Unternehmen und damit unsere Arbeitsplätze nachhaltig, zukunftsfest und wettbewerbsfähig zu machen. Die Ideen und die entsprechende Technik liegen längst auf dem Tisch, wir müssen uns jetzt nur dafür entscheiden, sie auch zu nutzen. Allen voran gilt es in diesem Prozess der Veränderung all diejenigen Betriebe zu fördern, die sich selbstständig auf den Weg der Klimaneutralität gemacht haben, die kleinen und mittleren Unternehmen, die mit ihren Ideen das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Nur ein nachhaltiges Unternehmen kann in Zukunft auch wettbewerbsfähig bleiben. Nur eine Wirtschaft, die alle Prozesse in einen Kreislauf bringt, die regionale Produkte stärkt, ist im Einklang mit dem, was uns unsere natürlichen Lebensgrundlagen bieten. Neben den Bierbrauer*innen sorgen Landwirt*innen, Bäcker*innen, Metzger*innen

Gemeinsam mit dem Hallerndorfer Brauer Georg Rittmayer, er ist Vorsitzender des Verbandes der Privaten Brauereien Bayern, habe ich deshalb das Badums Bier entwickelt, um weiter die lokalen Unternehmen der Region zu unterstützen und die Bündnisse für die Region weiter zu stärken. Das Badums Bier ist ein mit Erneuerbaren Energien und deshalb CO₂-neutral hergestelltes Helles von der Brauerei Rittmayer, Gerste aus der Region, abgefüllt in Pfandflaschen. Es ist ein besinnender Schritt zurück zur Tradition und zwei Schritte nach vorne in eine Wirtschaft der Zukunft. Die Zunft modernisiert sich bereits von allein, auch immer mehr Frauen werden Bierbrauerinnen, erneuerbare Energien werden im Brauprozess längst eingesetzt, regionale Braugerste ist die Regel. Es ist der Beweis, dass wir längst bereit für Veränderungen sind, weil wir nur so an dem, was uns und unsere Region ausmacht, festhalten können.

Also immer dran denken: Unterstütze deine lokale Brauerei! Lisa Badum

Mach mit beim Wahlkampf!

... finanziell ... Spendenkonto B90/Grüne KV Bamberg-Stadt DE97 7705 0000 0578 0123 04

... persönlich ... wklisabadum@gruene-bamberg-land.de (Ansprechpartner: Wahlkampfmanager Luca Rosenheimer)

Impressum

Die 99Z 91 wird von der Redaktionsgruppe von GRÜNES BAMBERG gestaltet: Dr. Juliane Fuchs, Angelika Gauffer, Lena Knauer, Thomas Michael, Sylvia Schaible (sys), Timm Schulze Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg Druck: Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG Herausgeber (V.i.S.d.P.): Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Bamberg-Stadt, kreisverband@gruenes-bamberg.de Auflage: 28.000 Nr. 91 / August/September 2021 Die 99Z wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Bei der Bundestagswahl wähle ich GRÜN ...



Lorena, Azubi zur Erzieherin

... weil die Zukunft unserer Kinder das ist, was am meisten zählt.



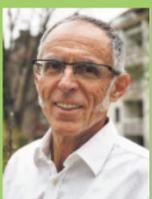
Markus, Bier-, Edelbrand- und Käsesommelier

... weil es einfach vernünftig ist. Denn so wähle ich nachhaltige Werte, echtes soziales Miteinander und verantwortliches Handeln gegenüber den künftigen Generationen.



Anna, Mittelschullehrerin

... für Kinderrechte, nachhaltigen Klimaschutz und Gleichberechtigung der Geschlechter. Und hierfür das Original und nicht die Trittbrettfahrer.



Michael, Gynäkologe im Ruhestand, derzeit Impfarzt

... grün auch gesund ist für die Gesundheitspolitik.



Maria, sechsfache Oma, seit 25 Jahren Gemeinderätin

... weil das oberste Ziel der Partei immer eine intakte und lebenswerte Umwelt war und wir die Natur für unsere Enkel erhalten müssen.



Jonas, aktiv in der Studierendenvertretung

... weil Peter Gack mir einen Mitgliedsantrag in die Hand gedrückt hat. Im Ernst: weil junge und alte Menschen, Menschen jeden Geschlechts und ob sie wählen dürfen oder nicht hier eine Stimme finden.



Ludmilla, im Ruhestand

... weil die Grünen die schon lange erforderliche Mobilitätswende fördern: mehr sparsame E-Autos und mehr ÖPNV.



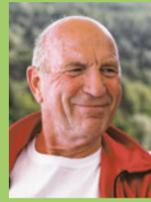
Daniel, Schauspieler

... weil Lisa Badum und Annalena Baerbock die akuten Themen in Angriff nehmen. Und die überzeugendsten Lösungen anbieten: Für sozialen Klimaschutz, Förderung der Kultur und gut bezahlte Arbeit.



Christiane, Künstlerin

... es in der Klimapolitik um Glaubwürdigkeit geht. Darum wähle ich GRÜN.



Peter, Physiker, im Ruhestand

... weil ich einer grünen Regierung vertraue, die wichtigsten Fragen der Gesellschaft aktiv zu gestalten, anstatt nur so zu tun und damit die Schöpfung irreversibel zu gefährden.



Sonja, Bildungswissenschaftlerin

... weil die Anforderungen von Nachhaltigkeit und Globalisierung strukturell im Bildungssystem verankert werden müssen. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft brauchen wir Menschen mit Zukunftskompetenzen.



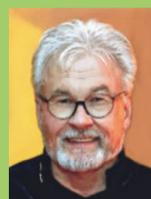
Bernd, Künstler

... weil ein sozialökonomischer Umbau wichtig ist, nicht nur, aber besonders für die klimaneutrale Nachhaltigkeit.



Julia, Erstwählerin

... weil ich selbst noch jung bin, Lehrerin werden möchte und ich auch für meine Kinder, zukünftigen Schüler und mich noch eine lebenswerte Welt haben will.



Helmut, Foto-Journalist

... weil es nach Jahrzehnten der Ignoranz existentiell allerhöchste Zeit ist, den Ökozid durch eine sozial gerechte ökologische Kreislaufwirtschaft abzuwenden.



Gabriele, ohne Auto mobil

... für den Ausbau des Radverkehrs und des ÖPNV – dabei wollen die Grünen trotzdem versuchen, allen Gruppen in der Bevölkerung gerecht zu werden.



Yahya, Friseur und zweifacher Vater

Ich würde GRÜN wählen, wenn ich hier bereits wählen dürfte. ... weil ich mir ein vielfältiges Deutschland wünsche. Dafür braucht es auch eine starke Partei, die konsequent gegen Rechtspopulismus und Ausgrenzung vorgeht.



Angelika, Unternehmenssprecherin

... weil ich mir mehr Frauenpower und mehr Innovation in nachhaltigen Technologien wünsche. Und weil ich die Umverteilung der CO₂-Abgabe an alle BürgerInnen eine gute Idee finde, damit das Geld wieder vor Ort in Einzelhandel, Kneipen und Kulturbetriebe getragen wird.



Bereit, weil Ihr es seid.

Koordination: Angelika Gaufer, Timm Schulze



Am 26.09.21 GRÜN wählen

**Briefwahl
beantragen!**